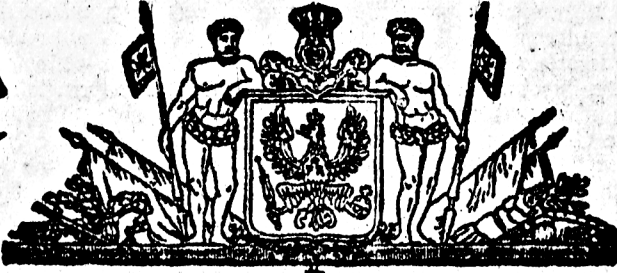


# Wossische



# Zeitung

Registrierung

1704

20 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt

In Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handeltells): H. Bachmann in Berlin

Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800  
11 801, 11 802 bis 11 852, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

## Neuer Aufschub der Konferenz von Spa? Die Wirtschaftsverhandlungen

### Auf Antrag Italiens.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

Rom, 24. Mai.

Wie ich höre, ist es nicht ausgeschlossen, daß die italienische Regierung sich gezwungen sehen wird, von den Verbündeten einen erneuten Aufschub der Konferenz von Spa zu fordern. Die Kammer wird voraussichtlich am 2. Juni eröffnet werden. Wenn Mitti am 21. Juni in Spa sein wollte, so müßte er gegen den 16. Juni die Sitzungen der Kammer bereits wieder unterbrechen, was sich angesichts des Unwillens der Abgeordneten über allzu häufige Vertagungen nicht empfehlen würde. Sollte der Ministerrat diese Gründe billigen, so wird Italien in einer offiziellen Note um Aufschub nachsuchen, da die Regierung größten Wert darauf legt, den Präsidenten in Person an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen.

An der gleichen Informationsquelle wird gesagt, die englisch-französischen Besprechungen von Sythe hätten nur dazu gedient, den zwischen England und Frankreich festzulegenden Modus der Aufteilung der deutschen Schuld zu bestimmen, und es sei keineswegs die Absicht oder der Erfolg der Konferenz gewesen, diese Summe noch vor der Konferenz in Spa in irgendeiner Form zu bestimmen.

Der morgige erste Ministerrat des neuen Kabinetts wird sich neben den inneren Fragen auch mit außenpolitischen beschäftigen und unter anderem auch über die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Jugoslawien zu entscheiden haben. Wie die römischen Zeitungen melden, wird die nächste italienisch-jugoslawische Zusammenkunft nicht mehr in Bologna stattfinden. Auf dem 5. oder 6. Juli zusammen tretenden Internatio-

nen Finanzkonferenz in Brüssel, deren Sitzungen öffentlich sein sollen, sind 26 Nationen vertreten, darunter Deutschland und Oesterreich, die, was noch ungewiß ist, entweder als stimmberechtigt oder als beratend zugelassen werden. Der besondere Zweck der Konferenz ist, die Art der Mobilisierung der in Spa festzulegenden deutschen Entschädigungssumme auszuarbeiten. Weiter verhandelt man über die Ausgabe einer internationalen Anleihe, die die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Gesamtlage in Europa sichert. Die Konferenz wird sich außerdem mit den die Finanzen der einzelnen Staaten betreffenden Fragen, wie Steuern, Schulden, Notenumlauf usw., beschäftigen, und auf dieser Grundlage zwecks Vorbereitung der internationalen Anleihe die Tragkraft jedes einzelnen Landes feststellen. Dabei wird die Lastfrage eine besondere Rolle spielen, daß, wie aus New York gemeldet wird, der Gedanke, daß die Schulden der Alliierten den Vereinigten Staaten nur in dem Maße zurückgezahlt werden könnten, wie Deutschland Zahlung leistet, für die amerikanische Regierung unannehmbar sei. Das will also sagen, daß Amerika Zahlung verlangt.

### Die französische Vertretung in Berlin.

Der französische Botschafter in Bern, Alligé, der, wie bekannt, früher Geschäftsträger in München und Wien war, ist vor einigen Tagen nach Paris gereist. Diesem Reisefeld, wie wir hören, mit der Besetzung der diplomatischen Vertretung Frankreichs in Berlin im Zusammenhang; außer Maurice Herzog hat er nämlich auch sein Schwager Alligé für diesen Posten in Frage. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht getroffen worden.

von  
Alexander Fleblich,  
Sonderberichterstatter der „Wossischen Zeitung“.

Paris, 25. Mai.

Die Pariser Wirtschaftsverhandlungen zwischen den Delegierten der deutschen und der französischen Industrie sind, wie schon berichtet, für einige Tage unterbrochen worden, um dann mit vergrößerter Intensität aufgenommen zu werden. Man weiß, daß diese Verhandlungen ohne jede politische Nebenbedeutung, rein auf kaufmännischem Gebiet geführt werden sollen. Ihr günstigstes Ergebnis könnte darin bestehen, daß die verarbeitenden Industriegruppen in Deutschland und Frankreich zu einer Verständigung gelangen, die das Konkurrenzverhältnis durch ein Verhältnis erträglicher Zusammenarbeit ersetzt. Daraus würde sich die Möglichkeit ergeben, daß die deutsche Industrie für die Deckung des französischen Warenbedarfs arbeitet und daß andererseits die Rohstoffe Frankreichs und seiner Kolonien sowie diejenigen Rohstoffe des Auslandes, die den französischen Unternehmern zu besonders günstigen Bedingungen zur Verfügung stehen, der deutschen Verarbeitung in erhöhtem Maße zugänglich gemacht werden.

Solche Beziehungen lassen sich in verschiedenen Formen herstellen. Man denkt hier teilweise daran, die deutschen Fabriken als Lohnindustrie die französischen Rohstoffe für den französischen Bedarf verarbeiten zu lassen. Aber man wird sich auf die Dauer mit dieser unvollkommenen Art der Zusammenarbeit nicht begnügen können, wenn nämlich das angestrebte Endziel, ein Bündnis zwischen gleichberechtigten und gleichstarken Staaten, erreicht werden soll. Der Rohstoffreichtum Frankreichs ist durch das Ergebnis des Friedensschlusses erheblich vermehrt worden. Aber auf der anderen Seite erkennen die Organisatoren des französischen Wirtschaftslebens rückwärts an, daß Frankreich die deutsche Produktion in allen Artikeln des praktischen Bedarfs nicht entbehren kann. Die französische Industrie selbst bietet dafür keinen Ersatz und wird ihn auch in Zukunft nicht bieten. Man ist jedoch hier davon durchdrungen, daß die industrielle Produktion Frankreichs sich auf ihre bisherigen Grenzen und auf ihren bisherigen Charakter beschränken und auch ihre weitere Entwicklung nur in diesen Grenzen suchen wird. Sie wird also Luxusindustrie bleiben, mit Ausnahme der Hüften- und Schwerindustrie, die ihrerseits durch die natürlichen Verhältnisse auf ein engeres Zusammenarbeiten mit Deutschland angewiesen ist. Frankreich wird den stark agrarischen Charakter seiner Volkswirtschaft nicht einbüßen. Es darf heute kein Bündnis schließen, das zu dauernder einseitiger Abhängigkeit führt. Es gibt im französischen Wirtschaftsleben keine Richtung, die die Herstellung besonders enger und vorzugsweiser Beziehungen etwa zu England oder Amerika fordert. Aus diesem Grunde wird man sich auch nicht einem Zusammenarbeiten mit Deutschland widersetzen.

Wenn während der jetzt beginnenden Verhandlungen die Grundlinien für eine solche allgemeine Zusammenarbeit der deutschen und der französischen Wirtschaft gefunden werden, so wird die ungeheure politische Bedeutung dieser Tatsache zweifellos rasch steigen, auch ohne daß ein Wort über Politik und politische Fragen gesprochen wird. Man muß sich klar machen, daß die wichtigste politische Frage, die zwischen Deutschland und Frankreich schwebt, der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete nichts anderes ist als ein ausführlicher Spezialfall des deutsch-französischen Wirtschaftssystems. Was seine politische Seite anlangt, so kann man ihn auf folgende Formel bringen: Die französische Regierung hat in der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete einen ungeheuren Industrieauftrag zu vergeben. Die ausländische Industrie wird nur einen kleinen Teil dieses Auftrages übernehmen, und zwar wird es sich dabei nicht um geschlossene Arbeitsgebiete handeln können, sondern um einen an sich unvollständigen Anteil an einer organischen Zusammenarbeit im Rahmen eines großen Produktionssystems. Dieses System kann nur mit Hilfe der deutschen Industrie geschaffen werden. Denn es handelt sich vorwiegend um die Herstellung deutscher Artikel, in denen auch nach dem Urteil französischer Fachleute die deutsche Industrie vom großen Teil den Vorrang besitzt und in denen sie vor allem auch in bezug auf die Preisgestaltung leistungsfähiger ist als andere ausländische Industrien.

Die deutsche Industrie hat sich bisher keineswegs mit besonderem Eifer für dieses weite Feld der Betätigung interessiert. Sie glaubt vielfach, darauf verzichten zu können, weil sie mit anderen Aufträgen (womöglich zu höheren Preisen) für Jahre hinaus gebet ist. Zu einem anderen Teil handelt es sich um Artikel, die nicht einmal für den deutschen Bedarf in genügenden Mengen hergestellt werden können, wenigstens unter den obwaltenden Verhältnissen (z. B. Zement). Die Hindernisse einer deutschen Beteiligung an dem französischen Aufbau liegen also zum Teil an den kapitalistischen Interessen der einzelnen deutschen Unternehmungen, zum Teil in organischen Mangel oder in Rohstoffmangel (Kohle). Daß diese physischen und psychischen Hemmnisse unüberwindlich sind, könnte man erst dann behaupten, wenn bisher irgendein ernstlicher Versuch dazu, ge-

### Durchbruch der polnischen Front.

Drahtmeldungen der „Wossischen Zeitung“.

Kopenhagen, 25. Mai.

Ein drahtloses Telegramm aus Moskau berichtet über den Durchbruch der polnischen Front durch die Bolschewiki. Danach ist die Front auf einer Strecke von 85 Km. durchbrochen worden. An der Berezina-Front sind die russischen Truppen in einer Frontbreite von 35 Km. vorgeückt.

Breslau, 25. Mai.

Der polnische Frontbericht vom 22. Mai bekräftigt die Rückeroberung von Riew durch Sowjettruppen und meldet gleichzeitig, daß die Bolschewiken ihre Angriffe mit größter Zähigkeit fortsetzen.

Warschau, 25. Mai.

General Sypcicki hat das Oberkommando des polnischen Heeres an der ganzen russischen Front übernommen. In Warschau veröffentlicht er folgende Erklärung: „Alle Maßnahmen werden getroffen. Es liegen keine Gründe zu irgendwelchen Besorgnissen vor. Alles wird bald in Ordnung gebracht werden. Die Einwohnerstadt Warsaus kann ganz ruhig sein.“

### Amerika und Irland.

Eine Warnung an England.

Kopenhagen, 25. Mai.

Der amerikanische Staatssekretär Cogh hat sich in einem Schreiben an den Ausschuss des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten dahin geäußert, daß die Rücksicht auf die Beziehungen Amerikas zum Auslande den Ausschuss nicht veranlassen dürfe, zu der Frage der Anerkennung einer irischen Republik Stellung zu nehmen.

### Englische Truppen besetzen die Eschatabscha-Linie.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

Paris, 24. Mai.

Ein Telegramm aus Konstantinopel meldet, daß die englischen Truppen die neue Grenze der Türkei, die Eschatabscha-Linie, besetzt haben. Die französische Kolonialtruppen, die in Konstantinopel in Garnison sind, wurden nach Cilicien geschickt wegen der Tätigkeit der türkischen Nationalisten.

Seit dem 1. Mai sind 18 Personen, die wegen Hochverrats angeklagt waren, von den Nationalisten hingerichtet worden. Ein ehemaliger Abgeordneter, der angeklagt war, Armenier deportiert zu haben, wurde auf Befehl der Regierung verhaftet.

### Eigenartige Entlassungsmethoden.

Bewaffnete „Urlauber“.

Aus unbedingt zuverlässiger Quelle wird uns mitgeteilt, daß in Stettin vor einigen Tagen zwei Transporte von bewaffneten Reichswehrsoldaten unter Führung ihrer Offiziere in Stärke von insgesamt 58 Mann festgenommen worden sind. Es stellte sich heraus, daß die Leute aus Dortmund kamen und bis zu ihrer, für den 28. Mai festgesetzten Entlassung beurlaubt worden waren. Die Sicherheitspolizei Stettin veranlaßte sofort die Entwaffnung und Entlassung der Mannschaften, die, wie sich weiter ergab, zusammen mit ihren Offizieren auf pommerische Sandgüter verteilt werden sollten, um dort für den Fall einer Erhebung bereit zu sein.

Wir würden, wenn es sich nicht um eine absolut einwandfreie Quelle handelte, nicht an die Möglichkeit glauben, daß entgegen allen bestehenden Vorschriften Urlauber, die noch dazu zur Entlassung gelangen sollen, also Waffen überhaupt nicht mehr brauchen, bis an die Zähne bewaffnet in Sandesteile geschickt werden, in denen die Gefahr eines bewaffneten Aufstandes von rechtsradikaler Seite täglich wächst! Sollte der Reichswehrminister auch durch derartige Symptome sich nicht in seinem Urlaub stören lassen? (Siehe auch vierte Seite.)

### Oberst Bauer in Budapest.

Oberst Bauer, der Vertraute Ludendorfs, befindet sich nach in Berlin eingegangenen zuverlässigen Nachrichten in Budapest. Er soll auch dort versucht haben, in seinem Sinne zu wirken.

### Der Steuerabzug beim Arbeitgeber.

Die Durchführung der neuen Steuergesetze ist, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, jetzt soweit vorbereitet, daß der Lohnabzug beim Arbeitgeber vermutlich in naher Zeit, wahrscheinlich schon im nächsten Monat, zur Einführung kommen wird.

### Bölkerbund-Versammlung im September.

Drahtmeldung.

Paris, 25. Mai. (Z. U.)

Nach einer „Times“-Meldung wird Wilson die Generalversammlung des Bölkerbundes für den Monat September nach Brüssel einberufen. Die Tagesordnung wird durch den Rat des Bölkerbundes festgelegt, der Ende Juli darüber beraten wird.